

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Freie Märkte wiederherstellen und Wohlstand bewahren – Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft vor dem Wirtschaftsdirigismus grüner Transformationspolitik schützen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die deutsche Wirtschaft aufgrund der gegenwärtigen Industriepolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie dem Markt für Direktinvestitionen verliert.
 2. zu den Ursachen der Wirtschaftskrise neben einer Energiepolitik, die hohe Preise erzeugt und die Inflation antreibt, die übergreifenden Bürokratie- und Umweltauflagen der Europäischen Union zählen, die in nationales Recht umgesetzt wurden oder noch umgesetzt werden sollen.
 3. nicht nur die westdeutschen Bundesländer von den schwierigen Rahmenbedingungen betroffen sind, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und der übrigen ostdeutschen Bundesländer.
 4. die negativen Folgen der derzeitigen Wirtschaftspolitik – Insolvenzen, Betriebsstilllegungen, Werks- und Investitionsverlagerungen ins Ausland sowie ein umfangreicher Abbau von Arbeitsplätzen und Wohlfahrtseinbußen – durch die gezielte Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Forderungen der deutschen Wirtschaftsverbände abgewendet werden sollten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Ebene des Bundes und der Europäischen Union dafür einzusetzen,
 - a) die Umsetzung der EU-Richtlinie 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) nicht zu vollziehen und auf ein Moratorium hinzuwirken.
 - b) die EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CS3D) und das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzuschaffen.
 - c) sämtliche Systeme der CO₂-Bepreisung abzuschaffen (sofern bereits implementiert) bzw. als Vorhaben aufzugeben (sofern noch geplant); darunter im Einzelnen
 - das für 2027 geplante europäische CO₂-Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäudewärme zurückzunehmen und dessen CO₂-Bepreisung gänzlich zu streichen,
 - das europäische CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) mittels eines Moratoriums in Deutschland nicht umzusetzen,
 - den Brennstoffemissionshandel abzuschaffen,
 - die CO₂-Maut für Lkw abzuschaffen.
 - d) das von der EU beschlossene Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennermotoren über entgegenwirkende Initiativen der EU-Kommission, des Ministerrates und des EU-Parlamentes rückgängig zu machen.
 - e) die EU-Taxonomie-Verordnung zur ökologischen Lenkung von Kapitalströmen per Moratorium auszusetzen.
 - f) den Klima-Sozialfonds (Social Climate Fund, SCF) der EU im „Fit for 55“-Paket und seine Finanzierung durch Versteigerung von ETS-2-Zertifikaten abzuschaffen sowie den jeweils eingezahlten Anteil an die Länder zurückzuerstatten.
 - g) die Datenschutz-Grundverordnung der EU auszusetzen sowie das deutsche Bundesdatenschutzgesetz zu vereinfachen, v. a. Kleinunternehmen von der Bestellung eines Datenschutzbeauftragten und der damit zusammenhängenden Bürokratie zu entlasten.
 - h) das EU-Klimagesetz (Verordnung 2021/1119) außer Kraft zu setzen.
2. sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen,
 - a) stillgelegte Kernkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen, den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung rückgängig zu machen und stillgelegte Kohlekraftwerke (und Kernkraftwerke) für die Stromreserve zu reaktivieren.
 - b) das Bundes-Klimaschutzgesetz und das deutsche Energieeffizienzgesetz zügig außer Kraft zu setzen.
 - c) dass im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans eine beschleunigte Fertigstellung der A 20, ein Ausbau der B 96, eine Elektrifizierung und ein Ausbau der Bahnstrecken Rostock-Berlin sowie Schwerin-Berlin, eine verbesserte Anbindung an die Fehmarnbeltquerung sowie der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur des Rostocker Hafens erfolgt.
 - d) Exportkreditgarantien (Hermes-Bürgschaften) nicht an die Ziele grüner Transformation zu knüpfen.

3. dem Landtag bis Juni 2025 einen Gesetzentwurf zur
 - a) Förderung von Digitalisierung und Robotisierung mit dem Ziel der Entlastung des Arbeitsmarktes,
 - b) Abschaffung des Tarifreue- und Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Politische Fehlentscheidungen der vergangenen Regierungskoalitionen auf Bundesebene sowie der von ihnen getragenen Bundesregierungen und der EU-Institutionen, die sich insbesondere auf das „Fit for 55“-Programm zurückführen lassen, haben die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren branchenübergreifend in eine massive Strukturkrise geführt. In der Analyse der Krisensituation und möglicher Lösungsansätze sind sich die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, Spitzenverbände und Unternehmen einig. Der Standort Deutschland hat infolge von Überregulierung, Bürokratieaufwand, Infrastrukturmängeln und Digitalisierungsrückstand sowie durch die hohen Kosten bei Rohstoffbeschaffung, Energie, Abgaben und indirekten Lohnkosten an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Von dieser Schwäche profitieren andere Volkswirtschaften, denen es zunehmend leichter fällt, sich im Wettbewerb um Direktinvestitionen durchzusetzen oder denen es gelingt, den deutschen Unternehmen Marktanteile abzunehmen. Während die Arbeitsproduktivität weltweit steigt, ist sie in Deutschland gesunken. Die Stagnation des deutschen Bruttoinlandsproduktes wirkt sich inzwischen auch negativ auf die gesamte Konjunktur des EU-Wirtschaftsraums aus. Auch in Mecklenburg-Vorpommern bleibt die wirtschaftliche Entwicklung hinter ihren Möglichkeiten zurück. Gerade das verarbeitende Gewerbe, das für die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt des Landes von entscheidender Bedeutung ist, wird von den Krisenfaktoren besonders hart getroffen. Die Landespolitik steht vor der wichtigen Aufgabe, die Wirtschaft von Hemmnissen und Beschränkungen zu befreien.